



Stadtratsfraktion  
Saarbrücken



Fraktion im Rat der  
Stadt Saarbrücken  
Rathaus-Carrée, Zimmer 203  
66104 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 9 05-13 03  
-13 18  
Telefax (06 81) 9 05-15 92



Stadtratsfraktion  
Saarbrücken

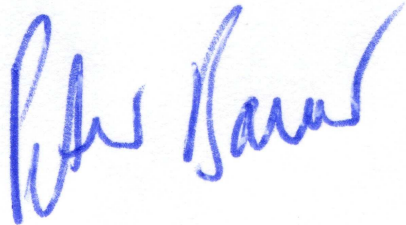


**DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat Saarbrücken

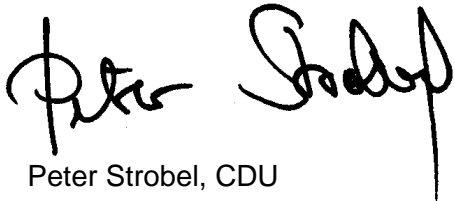
<b>Datum:</b>	30.11.2011	<b>FRA/1474/11</b>
<b>Antragsteller:</b>	Rolf Linsler, Peter Bauer, Thomas Brück, Peter Strobel, Rüdiger Linsler	
<b>Sachbearbeiter:</b>	Martin Sommer	
<b>Telefon:</b>	(0681) 905-1797	
<b>Telefax:</b>	(0681) 905- 1822	
<b>E-Mail:</b>	dielinke@saarbruecken.de	
<b>Beratungsfolge und Sitzungstermine</b>		
<b>Gremium</b>		<b>Sitzungsdatum      Status</b>
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken		06.12.2011      öffentlich
<b>Betreff: TISCHVORLAGE</b>		
<b>Gemeinsame Resolution aller Stadtratsfraktionen: Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen</b>		
<b>Beschlussvorschlag:</b>		
Der Stadtrat beschließt die beigefügte Resolution des Rates der Landeshauptstadt Saarbrücken gegen rechtsextremistische Morde und Gewalttaten.		

**Begründung:**

Mit dieser Resolution spricht sich der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken für eine weltoffene, tolerante Stadt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und rechtsextremistische Gewalt aus.



Peter Bauer, SPD



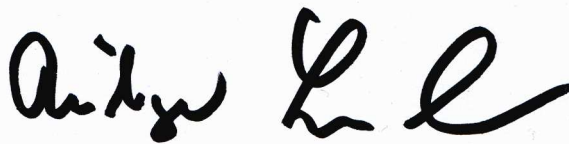
Peter Strobel, CDU



Rolf Linsler, DIE LINKE



Thomas Brück, Bündnis 90/DIE GRÜNEN



Rüdiger Linsler, FDP

---

**Anlagen:**

**Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen**

Saarbrücken ist mit Menschen aus 160 Ländern eine weltoffene und internationale Stadt. Folgerichtig wird in der Landeshauptstadt eine kommunale Integrations- und Antidiskriminierungspolitik als Daueraufgabe verstanden. Bereits seit 2007 ist die LHS Mitglied in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und seit 2009 selbstverständlich Mitglied in dem von dieser Städtekoalition gegründeten gemeinnützigen Verein. Als Teil dieses internationalen Netzwerkes setzt sich Saarbrücken schon seit Jahren für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ein.

Die Fraktionen des Saarbrücker Stadtrates verurteilen den menschenverachtenden Terror, der von Rechtsextremen über ein Jahrzehnt in Deutschland ausgeübt wurde. Seit 1990 sind mit den zehn bisher bekannten Todesopfern der Zwickauer Terrorgruppe 138 Menschen Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden.

Auch das Saarland ist hiervon betroffen. Der Bombenanschlag auf die Saarbrücker Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ vom März 1999 ist bis heute nicht aufgeklärt. 1991 wurde in Saarlouis Samuel Yeboah ermordet. Hintergrund war ein rassistischer Brandanschlag auf ein ehemaliges Hotel, in dem Flüchtlinge vorübergehend eine Wohnung fanden. Die Täter wurden nie gefasst.

Die Opfer dieser Rechtsterroristen sind Menschen, die nur deshalb sterben mussten, weil sie dem Feindbild entsprachen, das Rechtsextreme von Menschen haben, die nicht ihrer Gesinnung oder ihrem Menschenbild entsprechen. Die Verbrechen sind deshalb auch ein Anschlag auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land, den wir nicht hinnehmen dürfen.

Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen der Thüringer Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" haben viele Fragen zur Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden aufgeworfen. Es ist unfassbar und nur schwer zu glauben, dass in Deutschland offenbar über fast eine Dekade hinweg Morde und Anschläge aus rechtsextremem Motiv heraus geschehen konnten, ohne dass eine Spur zu den Tätern geführt haben soll. Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden müssen auf den Prüfstand gestellt werden, um die Ursachen für dieses Versagen festzustellen. Die Hinterbliebenen der Mordopfer wie auch die Öffentlichkeit haben Anspruch auf schnelle und vollständige Aufklärung, die Defizite der Ermittlungen müssen klar benannt werden.

Rechtsextremistische Gewalttaten sind ein Angriff auf unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft. Diese Bedrohung und Gefahr muss von Staat und Gesellschaft klar erkannt und entschieden bekämpft werden. Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserm demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert der Stadtrat die Landesregierung auf zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben.

Hier geht es um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Der Kampf gegen Rechts muss wieder zu einer zentralen Aufgabe aller demokratischen Kräfte werden. Gerade jetzt müssen wir alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie engagieren. Deutschland muss ein Land sein, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

---